

22.067 n Ausländer- und Integrationsgesetz. Zulassungserleichterung für Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss

Geltendes Recht	Entwurf des Bundesrates	Beschluss des Nationalrates	Beschluss des Ständerates	Antrag der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates
	vom 19. Oktober 2022	vom 16. März 2023	vom 5. Juni 2023	vom 12. Oktober 2023
		<i>Zustimmung zum Entwurf, wo nichts vermerkt ist</i>	<i>Eintreten</i>	<i>Zustimmung zur Rückweisung an den Bundesrat</i>
			Beschluss des Ständerates	
			vom 12. September 2023	
			<i>Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat mit dem Auftrag, verfassungskonforme Erleichterungen der Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss vorzuschlagen. In Frage kommen namentlich administrative Erleichterungen und eine erhöhte Vorhersehbarkeit im Bewilligungsverfahren und eine Verlängerung der Frist gemäss Artikel 21 Absatz 3 AIG.</i>	
	<p>Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration</p> <p>(Ausländer- und Integrationsgesetz, AIG)</p> <p>(Zulassungserleichterung für Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss)</p>			
	Änderung vom ...			
	<hr/> <p><i>Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 19. Oktober 2022¹, beschliesst:</i></p>			

¹ BBl 2022 2706

Geltendes Recht**Bundesrat****Nationalrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

|

Das Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16. Dezember 2005² wird wie folgt geändert:

|

Art. 30*Art. 30 Abs. 1 Bst. m**Art. 30*

¹ Von den Zulassungsvoraussetzungen (Art. 18–29) kann abgewichen werden, um:

¹ Von den Zulassungsvoraussetzungen (Art. 18–29) kann abgewichen werden, um:

¹ ...

- a. die Erwerbstätigkeit der im Rahmen des Familiennachzugs zugelassenen Ausländerinnen und Ausländer zu regeln, sofern kein Anspruch auf die Ausübung einer Erwerbstätigkeit besteht (Art. 46);
- b. schwerwiegenden persönlichen Härtefällen oder wichtigen öffentlichen Interessen Rechnung zu tragen;
- c. den Aufenthalt von Pflegekindern zu regeln;
- d. Personen vor Ausbeutung zu schützen, die im Zusammenhang mit ihrer Erwerbstätigkeit besonders gefährdet sind;
- e. den Aufenthalt von Opfern und Zeuginnen und Zeugen von Menschenhandel sowie von Personen zu regeln, welche im Rahmen eines Zeugenschutzprogramms des In- oder Auslands oder eines internationalen Strafgerichtshofes mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten;
- f. Aufenthalte im Rahmen von Hilfs- und Entwicklungsprojekten über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zu ermöglichen;

Geltendes Recht**Bundesrat****Nationalrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

- g. den internationalen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Austausch sowie die berufliche Aus- und Weiterbildung zu erleichtern;
- h. den betrieblichen Transfer von Angehörigen des höheren Kadern und unentbehrlichen Spezialistinnen und Spezialisten in international tätigen Unternehmen zu vereinfachen;
- i. ...
- j. Au-Pair-Angestellten, die von einer anerkannten Organisation vermittelt werden, einen Weiterbildungsaufenthalt in der Schweiz zu ermöglichen;
- k. die Wiedereinlassung von Ausländerinnen und Ausländern, die im Besitz einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung waren, zu erleichtern;
- l. die Erwerbstätigkeit sowie die Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen von Asylsuchenden (Art. 43 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998, AsylG), vorläufig Aufgenommenen (Art. 85) und Schutzbedürftigen (Art. 75 AsylG) zu regeln.

Geltendes Recht**Bundesrat****Nationalrat****Ständerat****Kommission des Nationalrates**

m. die Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss zu erleichtern, wenn ihre selbstständige oder unselbstständige Erwerbstätigkeit von hohem wissenschaftlichem oder wirtschaftlichem Interesse ist.

m. die Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizer Abschluss der Tertiärstufe oder von Personen, die in der Schweiz ein Postdoktorat abgeschlossen haben, zu erleichtern, wenn ihre selbstständige oder unselbstständige Erwerbstätigkeit von hohem wissenschaftlichem oder wirtschaftlichem Interesse ist oder wenn es sich um eine qualifizierte Erwerbstätigkeit mit Bezug zum Hochschulabschluss handelt.

² Der Bundesrat legt die Rahmenbedingungen fest und regelt das Verfahren.

II

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.